

LAND TAGS KURIER



AUSGABE

3 | 26

Seite **4**

Staatsreform voraus –
Modernisierungsagenda
im Landtag vorgestellt

Seite **20**

Demokratie und
Freiheit verteidigen –
Konferenz in Estland

Seite **22**

Ein Tag mit Lars Kuppi –
Ausschussvorsitzender
im Portrait



Sächsischer Landtag

LANDTAGS KURIER

AUSGABE 3 | 26

PLENUM

28. Sitzung
Staatsreform voraus
Ministerpräsident stellt dem Parlament seine Modernisierungsagenda vor **4**

Hintergrundinformationen zur geplanten Staats- und Verwaltungsreform **6**

Kritik an geplanten Sparmaßnahmen
Landtag debattiert über die Finanzierung der Freien Schulen **7**

Praxisnähe in der Schulbildung
Landtagsdebatte zur Kooperation zwischen Schulen und Unternehmen **8**

29. Sitzung
Sozialstaat unter Druck
Abgeordnete diskutieren zu möglichen Kürzungen **10**

PARLAMENT

Anreiz oder Abschreckung?
Ausschuss beschäftigt sich mit dem Thema Studiengebühren **12**

Aktuelle Gesetzgebung **13**

AKTUELLES

Vergangenheit ist Gegenwart
Gedenkveranstaltungen in Sachsen zum Ende des Zweiten Weltkriegs **14**

Orte bleiben
Rückblick auf den Bundeskongress Aufarbeitung **16**

TITELBILD:
Ministerpräsident Michael Kretschmer während seiner Regierungserklärung zur Modernisierungsagenda
Foto: S. Floss

10



16



14



18



Impressum Herausgeber: Sächsischer Landtag – Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden – Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten des Sächsischen Landtags durch dessen Präsidenten Alexander Dierks vertreten. | Redaktion: V. i. S. d. P.: Dr. Thomas Schubert, Sächsischer Landtag | Redakteurin: Dr. Maria Hofmann, Sächsischer Landtag | Redaktionelle Mitarbeit: Anne-Marie Brade, Katja Ciesluk, Dirk Förster, Niklas Hellfritsch, Heiner Ridder, Janina Wackernagel, Rüdiger Soster (alle Sächsischer Landtag, Anschrift s. o.)

Gestaltung:
Ö GRAFIK, Tauscherstraße 44, 01277 Dresden
Druck und Vertrieb:
Druckerei Thieme Meißen GmbH,
Zaschendorfer Straße 91, 01662 Meißen
Redaktionsschluss: 22.05.2026
Gastautoren: Jonas Böhm, Dr. Alexander Müller
(alle Sächsischer Landtag)



Die Beiträge der Gastautoren geben nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder. | Das im Landtagskurier genutzte generische Maskulinum meint stets alle Menschen, unabhängig von ihrem Geschlecht. Die platzsparende Schreibweise dient ferner der besseren Lesbarkeit.

Diese Veröffentlichung ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, auch die des Nachdruckes von Auszügen und der fotomechanischen Wiedergabe, sind dem Herausgeber vorbehalten.

Partnerschaften pflegen

Besuch einer Parlamentsdelegation aus Bern

18

EUROPA**Demokratie und Freiheit verteidigen**

Konferenz des Forums Mittel-europa in Tallinn

20

EIN TAG MIT**Blaulicht im Brennpunkt**

Ein Tag mit Lars Kuppi, Vorsitzender des Ausschusses für Inneres, Kommunales und Sport

22



Diese Publikation wird vom Sächsischen Landtag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Abgabe erfolgt kostenfrei. | Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlbewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig.



Liebe Bürgerinnen und Bürger,

zu Beginn der Plenarsitzung im Mai stellte Ministerpräsident Michael Kretschmer dem Parlament die beabsichtigten Maßnahmen zur Staatsmodernisierung in Sachsen vor. In der nachfolgenden Landtagsdebatte herrschte weitgehend Einigkeit darüber, dass wir unseren Freistaat zukunftsfähiger machen müssen. Unser Land, das kann man sagen, braucht ein Update. Damit dies gelingt, sollten wir insbesondere den Staat für seine Bürgerinnen und Bürger funktionstüchtiger gestalten. Das Vertrauen in unsere demokratische Ordnung geht schließlich Hand in Hand mit einer effektiven Staatlichkeit. Es braucht dabei aber auch den Mut zu einer beherzten Aufgabenkritik. Auf Landesebene gibt es staatliche Kernaufgaben wie Bildung, Infrastruktur, Gesundheit und Sicherheit, deren gutes Funktionieren uns jede Mühe wert sein muss. Und wir sollten bedenken: Die eine große Reform, die alles löst und die niemand spürt, die existiert nicht. Es geht vielmehr darum, die Lasten fair zu verteilen.

»Unser Land, das kann man sagen, braucht ein Update.«

Was mich im zurückliegenden Monat zudem sehr bewegt hat, war der 81. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus und der Beendigung des Zweiten Weltkriegs in Europa. Der Sächsische Landtag hatte im vergangenen Jahr den 8. Mai zum Gedenktag erklärt. Einerseits soll auf diese Weise dem Erinnern an diesen Tag, an seine Voraussetzungen und Folgen, ausreichend Raum gegeben werden. Andererseits soll er uns allen dazu dienen, aus der Geschichte zu lernen. Wir müssen uns immer wieder bewusst machen, dass Diktaturen nicht über Nacht entstehen und Demokratien nicht mit einem großen Knall sterben. Es begann einst schleichend mit Verschwörungserzählungen, Hass, Gewalt und der Verachtung demokratischer Regeln. Diese Erkenntnis ist auch für das Heute wichtig. Demokratie und Freiheit sind es wert, täglich geschützt und verteidigt zu werden – nicht nur an Gedenktagen.

Einen Bericht über die Veranstaltung am 8. Mai, auf der Bundespräsident a. D. Joachim Gauck sprach, finden Sie im aktuellen Landtagskurier ebenso wie spannende Einblicke in die Arbeit der Ausschüsse unseres Parlaments. Zudem festigte der Sächsische Landtag in den zurückliegenden Wochen seine guten Beziehungen zu anderen Parlamenten in Europa. Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre.

Alexander Dierks
Präsident des Sächsischen Landtags



Staatsreform voraus

Ministerpräsident stellt dem Parlament seine Modernisierungsagenda vor

28. Sitzung des Sächsischen Landtags

Zu Beginn der 28. Sitzung des Sächsischen Landtags am 12. Mai 2026 gab Ministerpräsident Michael Kretschmer eine Regierungserklärung zum Thema »Modernisierungsagenda für Sachsen – Für mehr Effizienz und spürbare Entlastung von Wirtschaft, Kommunen und Bürgern«. Auf Seite 6 finden Sie einen Hintergrund zur beabsichtigten sächsischen Verwaltungsreform. Vor Eintritt in die Tagesordnung erhoben sich die Abgeordneten für eine Schweigeminute, um der Opfer der Amokfahrt in Leipzig zu gedenken.

Ministerpräsident: Reformen sind notwendig

Bei der angestrebten Staatsmodernisierung, so Michael Kretschmer (CDU), gehe es darum, in Sachsen nachhaltige Strukturen für die kommenden Jahrzehnte zu schaffen. Die Reform sei notwendig und werde eine große Auswirkung darauf haben, ob der Freistaat in Zukunft stark, effizient und leistungsfähig sei. Die Staatsregierung lege eine Reihe von Vorschlägen vor. Es gelte u. a., Behördenstrukturen zu verschlanken, Verwaltungsleistungen zu digitalisieren, den Kommunen mehr Gestaltungsraum zu geben, Berichtspflichten zu reduzieren sowie das Antragswesen zu entschlacken. Eine Abschaffung der Widerspruchs-

verfahren im Bereich von 27 Landesgesetzen gehöre ebenso dazu wie der sozialverträgliche Abbau von mindestens 8 773 Stellen im öffentlichen Dienst bis zum Jahr 2040.

AfD: Regierung kaschiert eigenes Versagen

Harsche Kritik an dem präsentierten Vorhaben übte Jörg Urban (AfD). Die Verwaltung in Sachsen sei schwerfällig und in Teilen sogar wirtschaftsfeindlich. Ein Staat sei kein Selbstzweck. Am Ende eines Staatsumbaus müsse stets die Entlastung von Bürgern und Unternehmen stehen. Die vorgelegten Eckpunkte für den geplanten Doppelhaushalt würden das nicht versprechen. Das Versagen

der Regierung solle vielmehr unter einem Schuldenberg begraben werden. Insgesamt solle die Agenda kaschieren, was in den vergangenen Jahren versäumt wurde. Der angekündigte Stellenabbau sei überdies Kosmetik und keine Reform. Jedoch gebe es auch richtige Ansätze, etwa bei der Zusammenlegung von Behörden oder bei der Zentralisierung der IT-Dienstleistungen. Die Frage sei aber, weshalb dies erst jetzt geschehe.

CDU: Modernisierungsschub für Sachsen

Dem entgegnete Christian Hartmann (CDU), er sei nicht bereit, sich den Freistaat Sachsen derart schlechtreden zu lassen. Es gehe vielmehr

um die Frage eines handlungsfähigen Staates. Die Menschen im Land spürten, dass etwas aus dem Gleichgewicht geraten sei. Notwendige Reformen dürften daher nicht länger aufgeschoben werden. Der Staat müsse schlanker, schneller und moderner werden. Dazu gehöre ein Personalabbau, der Abbau von Vorschriften sowie



Michael Kretschmer



eine stärkere Bündelung staatlicher Aufgaben. Insbesondere Kommunen sollten finanziell entlastet und mit mehr Freiheit ausgestattet werden. Nicht kosmetische Korrekturen, sondern ein grundlegender Modernisierungsschub sei geboten. Daneben brauche es einen Wandel von einer Kultur des Misstrauens hin zu einer Kultur der Eigenverantwortung.

BSW: Vertrauen statt Kontrolle

Es sei schon ein Offenbarungseid, so Ronny Kupke (BSW), wenn die CDU erst jetzt erkenne, dass der Verwaltungsmotor des Freistaates nicht mehr rund laufe. Der Staat sei in den vergangenen Jahren massiv gewachsen, die Verwaltung habe sich immer weiter aufgebläht. Doppelstrukturen, Kontrollmechanismen und fehlende Digitalisierung lähmten das Land. Für die Wirtschaft sei der Staat vom Partner zum Ungetüm geworden. Diese

gewachsene Kultur des Misstrauens gegenüber den Bürgern müsse ein Ende haben. Ebenso wichtig sei die Reduzierung des Personals im öffentlichen Dienst und damit verbunden die Digitalisierung von Verfahren. Gleichwohl dürfe die Digitalisierung nicht dazu führen, dass die Bürger keinen Ansprechpartner mehr fänden. Menschliche Kontakte blieben wichtig.

SPD: Stabilität im Sozialhaushalt

Bei allen Problemen, leitete Henning Homann (SPD) ein, sei Sachsen ein starkes Land. Jedoch dürfe die Politik nicht stehen bleiben, weshalb man heute über eine Modernisierungsagenda diskutiere. Die Menschen in Sachsen erwarteten zu Recht, dass der Staat schnell, verlässlich und verständlich funktioniere. Die geplante Kreditaufnahme im nächsten Doppelhaushalt sei daher kein Selbstzweck, sondern ermögliche u. a. Investitionen in eine moderne Infrastruktur in den Kommunen oder in eine gute Bildungslandschaft. Da sich die Zukunftsfähigkeit des Freistaates in den Kommunen entscheide, fließe die Hälfte der Kreditaufnahmen in die Städte und Gemeinden. Darüber hinaus müsse gerade jetzt für Stabilität im Sozialhaushalt gesorgt werden. Seine Fraktion gebe besonders diesen Strukturen Sicherheit.

BÜNDNISGRÜNE: Ernsthafte Bemühungen nötig

Der Freistaat brauche eine ehrliche Modernisierungsagenda, so Valentin Lippmann

(BÜNDNISGRÜNE). Davon sei seine Fraktion überzeugt. Die Herausforderungen seien gewaltig, ob nun durch den demografischen Wandel, die Digitalisierung oder die Überschuldung der Kommunen. Eine gelungene Staatsmodernisierung, die mehr als Symbolpolitik ist, erfordere in seinen Augen daher eine Verwaltung, die den notwendigen Aufgaben folge und nicht umgekehrt. Ferner brauche es mutige Strukturveränderungen statt bloßer Türschildwechsel, digitalisierte Prozesse gemeinsam mit den Kommunen sowie die Zentralisierung und Digitalisierung der Förderverfahren. Eine Agenda, die die finanzielle Kapazität der Kommunen nicht stärker in den Blick nehme, werde nicht ausreichen.

Die Linke: Gegen pauschalen Staatsabbau

Der Zeitgeist, so Susanne Schaper (Die Linke), gehe in Richtung Staatsabbau. In dieser Absolutheit könne ihre Fraktion das nicht mittragen. Sie sei zum Beispiel nicht einverstanden, wenn für den Bürokratieabbau soziale oder ökologische Standards abgeschafft würden. Ebenso könne sie nicht zustimmen, wenn die Lage von Menschen verschlechtert werde, die es sowieso schon schwer hätten. Das Wort Stellenabbau werde von der Linken nicht reflexhaft bejubelt. Es komme immer auf die Umstände an, wenn über Stellen und Strukturen gesprochen werde. Sie warne davor, die Hochschulen mit Stellenkürzungen zu überziehen. Daneben gebe es durchaus begrüßenswerte Vorhaben. So sei es richtig, Förderrichtlinien zu vereinfachen, die Kommunikation zu erleichtern und Verfahren zu beschleunigen.

Er stelle sich ob der Redebeiträge die Frage, so Matthias Berger (fraktionslos), welche Fraktion in den letzten 35 Jah-



Christian Hartmann



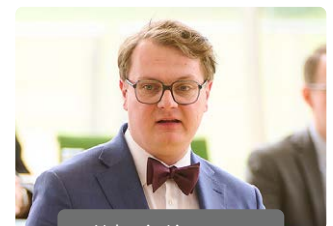
Jörg Urban



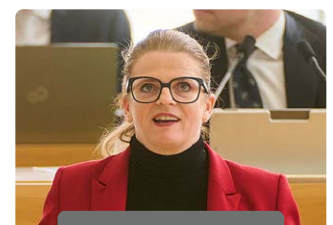
Ronny Kupke



Henning Homann



Valentin Lippmann



Susanne Schaper

Fotos: S. Floss

ren die Regierung geführt habe. Das »Asche aufs Haupt streuen« wirke auf ihn unehrlich.

// Dr. Thomas Schubert

»Wir müssen uns auf die richtigen und notwendigen Veränderungen konzentrieren.«

Hintergrundinformationen zur geplanten Staats- und Verwaltungsreform

Der Freistaat Sachsen will mit einer alle Bereiche betreffenden Reform seine öffentliche Verwaltung modernisieren. Die Staatsregierung hat dazu Ende April 2026 eine umfassende Modernisierungsagenda beschlossen. Aus der Vielzahl der beabsichtigten Maßnahmen, die unter anderem auf den Vorschlägen der »Reformkommission zur Stärkung und Entlastung der Kommunen« beruhen, werden hier zwei größere Komplexe näher vorgestellt.

Bündelung von Aufgaben in Behörden

Die Landesdirektion wird als zentrale Vollzugsbehörde die Aufgaben eines neuen Landesgesundheitsamts als eigene Fachabteilung sowie der bisherigen Landesämter für Archäologie, für Denkmalschutz sowie des Amtes für Mess- und Eichwesen bündeln. Ferner sollen die aktuell 25 kleineren Grundbuchämter, die bei den Amtsgerichten angesiedelt sind, anlässlich der Einführung des bundesweiten Datenbankgrundbuchs auf maximal fünf Standorte

konzentriert werden. Darüber hinaus bündelt das Sächsische Staatsministerium für Infrastruktur und Landesentwicklung seine nachgeordnete Behördenstruktur, indem die Aufgaben des Landesamtes für Straßenbau und Verkehr und des Landesamtes für Geobasisinformation Sachsen in einem Landesamt für Infrastruktur zusammengeführt werden.

Modernisierung und Digitalisierung der Verwaltung

Die Staatsverwaltung möchte interne Verfahren verschlanken, indem bürokratische Anforderungen heruntergefahren, Prüfschleifen reduziert und Digitalisierungspotenziale konsequent genutzt werden. Viele Leistungen sollen zunehmend digital und automatisiert angeboten werden,

wie die Beantragung von Meldebescheinigungen für den Wohnsitz oder Kfz-Zulassungen. Unnötige Behördengänge sollen entfallen. Zudem werden digitale Lösungen wie die EU-Brieftasche (European Digital Identity Wallet) oder eine zentrale Daten- und Registerstruktur eingeführt, mit deren Hilfe Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen Daten nur ein einziges Mal bei einer Behörde einreichen müssen. Auch geht es um die stärkere Digitalisierung und Automatisierung von Förderverfahren. Bis Ende 2027 soll dazu ein Förder-Digital-Modulbaukasten eingeführt werden. Parallel werden bestehende Förderverfahren vereinfacht. Schließlich sollte eine gezielte Reduzierung von Beiräten, Beauftragten und Berichtspflichten erfolgen.

// Dr. Thomas Schubert

MEHR INFORMATIONEN



»Sachsen gestaltet Zukunft«

Kritik an geplanten Sparmaßnahmen

Landtag debattiert über die Finanzierung der Freien Schulen

Die kommenden Kürzungen in Sachsen betreffen wohl auch die Freien Schulen. Aus diesem Anlass widmete sich die erste Aktuelle Debatte in der Plenarsitzung am 12. Mai 2026 dem Thema »Bildungsvielfalt braucht Verlässlichkeit: Freie Schulen stärken«. Sie wurde von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt.

Zu Beginn verwies Christin Melcher (BÜNDNISGRÜNE) auf die Unsicherheiten, die an den Freien Schulen hinsichtlich möglicher Sparmaßnahmen bestünden. Sie warnte vor geringeren Gehältern für das Personal und höherem Schulgeld für die Eltern. Bildungsgerechtigkeit bedeute, dass Bildungsvielfalt unabhängig vom Einkommen für die Eltern erreichbar bleiben müsse.

Sandra Gockel (CDU) hob die Bedeutung der Schulen in freier Trägerschaft hervor. Doch die demografische Entwicklung im Freistaat erfordere eine Anpassung. Der Geburtenrückgang in den Kitas werde sich perspektivisch in den Schulen widerspiegeln. Es müsse aber unverändert der Anspruch sein, dass der öffentliche Finanzanteil für die Freien Schulen sichergestellt bleibe.

Freie Schulen weiter unterstützen

Die Freien Schulen erfreuten sich einer großen Beliebtheit, betonte Romy Penz (AfD). Gründe dafür seien u. a. der bessere Betreuungsschlüssel und unterschiedliche Lernkonzepte für verschiedene Kinder. Deshalb wolle ihre Fraktion die starre Schulbesuchspflicht weiterentwickeln.



Christin Melcher

Schulstandorte müsse man stets nach Bedarf und Erreichbarkeit fördern.

Wie seine Vorrednerinnen unterstrich auch Lars Wurzler (BSW) die absolute Daseinsberechtigung von Freien Schulen. Seine Fraktion setze sich dafür ein, dass die Finanzausstattung der Schulen in freier Trägerschaft erhalten bleibe. Sie würden einen Änderungsantrag erarbeiten, falls im Haushaltsentwurf die skizzierten Kürzungen vorgesehen seien.

Einsparungen müssen mit Augenmaß erfolgen

In der Sächsischen Verfassung und im Koalitionsvertrag seien die Freien Schulen festgehalten und gewürdigt, so Gerald

Eisenblätter (SPD). Seine Fraktion nehme die Sorgen über die Auswirkungen von Kürzungen ernst. Doch Sachsen stehe vor erheblichen haushalterischen Herausforderungen. Wenn Bildung Priorität habe, müssten die Kürzungen im Bildungsbereich mit Augenmaß erfolgen.

Luise Neuhaus-Wartenberg (Die Linke) betonte, welche Bereicherung die Freien Schulen für das sächsische Bildungssystem seien. Ungefähr 65 000 Schülerinnen und Schüler würden an Freien Schulen lernen. Vor allem im ländlichen Raum sicherten sie Bildungsangebote, so die Abgeordnete. Bildung sei öffentliche Verantwortung und Freie Schulen bräuchten Verlässlichkeit.

Kultusminister Conrad Clemens (CDU) betonte, dass die Freien Schulen eine Erfolgsgeschichte seien. Jedoch müsse man sich auch den Herausforderungen stellen, die durch den demografischen Wandel und den Spardruck entstünden. Deshalb müsse das Schulsystem dezentral heruntergefahren werden. Das Ministerium versuche, die Einsparziele gerecht auf verschiedene Schultern zu verteilen.

// Dr. Maria Hofmann

Neuer Abgeordneter verpflichtet

JÖRG KÜHNE (AfD) aus Leipzig wurde zu Beginn der Plenarsitzung am 12. Mai 2026 von Landtagspräsident Alexander Dierks per Handschlag als Abgeordneter des Sächsischen Landtags verpflichtet. Kühne war bereits von 2019 bis 2024 Mitglied des Parlaments. Er folgt auf André Barth, der nach seiner Wahl zum Bürgermeister von Altenberg am 30. April 2026 sein Mandat niedergelegt hatte.



Fotos: S. Floss



Dr. Frank Kromer

Frank Peschel

Lars Wurzler

Gerald Eisenblätter

Christin Melcher

Luise Neuhaus-Wartenberg

Praxisnähe in der Schulbildung

Landtagsdebatte zur Kooperation zwischen Schulen und Unternehmen

Am 12. Mai 2026 wurde auf Antrag der CDU-Fraktion in der dritten Aktuellen Debatte zu einem weiteren bildungspolitischen Thema gesprochen – »Mathematisch-naturwissenschaftliche Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern stärken – »MINT-Hub Sachsen« gemeinsam mit der sächsischen Wirtschaft mit Leben erfüllen« lautete der eingebrachte Titel. Der Begriff MINT umfasst die Fächer Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik.

CDU: MINT-Bildung stärken

Dr. Frank Kromer (CDU) stellte das Projekt »MINT-Hub Sachsen« zunächst vor. Dabei handelt es sich um eine Kooperation zwischen Schulen, Pädagogen, Unternehmen und Bildungsträgern, um MINT-Projekte an die Schulen zu bringen. Damit solle das Interesse an Technik und Naturwissenschaft geweckt werden, so Kromer. Seit Mitte April stehe dem Projekt mit der Vereinigung der sächsischen Wirtschaft (VSW) zudem ein weiterer starker Partner mit seinem Netzwerk und seinen Kompetenzen zur Verfügung. Sachsen habe seinen Wohlstand einer guten MINT-Bildung zu verdanken. Sie sei wichtig, damit sich junge Menschen nicht nur neue

Berufsperspektiven erschließen, sondern auch in einer komplexen Gesellschaft orientieren könnten. Darüber hinaus diene sie dazu, den Fachkräftenachwuchs für den Freistaat zu sichern.

AfD: Ergebnisse kritisch auswerten

Das Bildungsniveau in Sachsen sinke leider seit Jahren, mahnte Frank Peschel (AfD) in seinem Redebeitrag an. Bereits seit 2023 laufe das Projekt »MINT-Hub«, aber die Ergebnisse seien weiterhin schlecht. Das sehe er vor allem an den vielen Ausfallstunden. Beispielsweise würden an der Oberschule Altendorf 71 Prozent der Physikstunden und an der Oberschule

in Zwönitz 26 Prozent aller Informatikstunden ausfallen. Der MINT-Hub Sachsen sei eine bildungspolitische Bankrotterklärung des Freistaates gegenüber der Wirtschaft, kritisierte Peschel das Projekt deutlich. Es wäre nur eine Notlösung, dass Nichtpädagoginnen Kindern Grundwissen im MINT-Bereich vermitteln sollen. Die AfD nehme das Projekt zur Kenntnis und werde die Ergebnisse kritisch auswerten.

BSW: Projektkritik an MINT-Hub

Lars Wurzler (BSW) betonte zunächst, dass es für ihn drängendere bildungspolitische Fragen gebe, wie etwa den Stellenabbau oder die fehlenden

MINT-Lehrkräfte. Beim Blick auf das Projekt sehe er vor allem die Auswahl der Partner aus der Wirtschaft kritisch. Auf der Homepage stehe das Ziel formuliert, dass eine engere Vernetzung von Schulen mit regionalen Unternehmen erfolge. Auf der Liste stünden aber auch Amazon, SAP und BASF. Diese seien nicht für ihre Regionalität bekannt oder gälten nicht als Bewahrer der Ladengeschäfte der Innenstädte. Das Projekt sei insgesamt zu nebulös und zu unkonkret. Die Fokussierung auf MINT-Fächer greife zu kurz. Bildung dürfe nicht allein auf wirtschaftliche Verwertbarkeit reduziert werden.

ren, innovative Lernorte und echte Chancengleichheit besonders wichtig. Als Drehscheibe für Lernbegleitung könne der MINT-Hub eine wichtige Rolle spielen. Sachsen habe bereits viele starke Initiativen. Der MINT-Hub könne zu ihrer besseren Vernetzung, Koordination und Sichtbarkeit führen. Auch trage das Projekt dazu bei, Mädchen und Frauen für diese Fachrichtungen zu begeistern. Das Gastprofessorinnenprogramm und das Sachsen-Technikum seien bereits gute Instrumente dafür.

»Sachsen ist im Ländervergleich MINT-Land Nummer eins. Das soll so bleiben.«



Conrad Clemens

SPD: Mädchen und Frauen für MINT begeistern

Gerald Eisenblätter (SPD) hob hervor, dass seine Fraktion die MINT-Bildung in Sachsen unterstütze. Die Zukunft Sachsens hänge entscheidend davon ab, ob man junge Menschen für Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik begeistern könne. Hierfür seien engagierte Pädagoginnen und Pädagogen, moderne Lernkonzepte, verlässliche Struktu-

BÜNDNISGRÜNE: Kritik an Strukturverschiebungen

Es sei das richtige Ziel, mehr MINT-Bildung zu fördern, sagte Christin Melcher (BÜNDNISGRÜNE). Aber es gebe bereits die gewachsene Struktur mit regionalen Koordinierungsstellen, dem Arbeitskreis SCHULEWIRTSCHAFT Sachsen und der Landesarbeitsstelle Schule-Jugendhilfe Sachsen (LSJ). Bis 2019 hätten die Aufgaben bereits bei der VSW gelegen und

Weitere Aktuelle Debatten:

Am 12. Mai standen in der 28. Sitzung des Sächsischen Landtags weitere Debatten auf der Tagesordnung. Auf Antrag der Fraktion Die Linke diskutierten die Abgeordneten zum Thema »Pfleger geben alles, Gepflegte verdienen Würde. Sie brauchen keine neuen Sorgen, Herr Merz!«.

Am 13. Mai 2026 folgte in der 29. Sitzung eine Debatte der AfD-Fraktion zu dem Thema »Geschützter Raum Schule? Keine übergreifende Sexualerziehung durch externe Aktivisten!«. Des Weiteren wurde die Debatte der SPD zum Thema »Wird Sachsen bei der Energiewende abgehängt? Wie der Bund bei seiner Strategie umsteuern muss« aufgerufen.

dort wären nicht die gewünschten Ergebnisse erzielt worden. Deshalb habe das Kultusministerium die Verantwortung bewusst an die LSJ übertragen. Nun laufe es erfolgreich. Deshalb sei ihrer Fraktion nicht klar, warum man hier Strukturen wieder zurückschiebe. Sie würde weiterhin den Ansatz des Projektes unterstützen, jedoch mit einer klaren Erwartungshaltung. Ein MINT-Hub könne Schule nur ergänzen, aber keinen Unterrichtsausfall kompensieren oder Lehrkräftemangel lösen.

Die Linke: MINT-Bildung nicht selektiv fördern

Auch die Fraktion von Luise Neuhaus-Wartenberg (Die Linke) sehe, dass der MINT-Hub Sachsen ein sinnvoller Baustein sein könne. Praxisnähe könne Begeisterung wecken, so die Abgeordnete. Sie gebe aber zu bedenken, dass Naturwissenschaften nicht selektiv gefördert werden dürften. Wissen allein reiche nicht aus, um den Zusammenhalt der Gesellschaft zu sichern. Die Abgeordnete mahnte, dass Demokratie- und Medienbildung einbezogen werden müsse. Mädchen seien in technischen Bereichen weiterhin unterrepräsentiert. Außerdem sei es wichtig, Kinder aus einkommensschwachen Familien zu berücksichtigen und mehr Angebote im ländlichen Raum zu schaffen. Ein MINT-Hub ersetze keine funk-

tionierende Schule. Kinder seien keine Fachkräfte auf Vorrat.

Staatsregierung: MINT-Kompetenzen fördern

Kultusminister Conrad Clemens (CDU) ging abschließend auf die Debatte ein. Zunächst betonte er, dass Sachsen im Ländervergleich sogar MINT-Land Nummer eins sei. Das solle so bleiben. Sachen liege zwar im IQB-Bildungstrend, einer zentralisierten Studie des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB), in den MINT-Fächern weiter auf Platz eins. Aber im Freistaat würden auch diese Fähigkeiten zurückgehen. Diesen Herausforderungen müsse man sich stellen. In der Grundschule wolle man deshalb wieder eine Stunde mehr Sachunterricht einführen. 2018 hatte man diese Stunde aufgrund von Lehrermangel streichen müssen. Als nächstes bedankte er sich für das Engagement des VSW. Es sei richtig, dass sie in der Vergangenheit über das Ehrenamt am Projekt beteiligt waren, nun wolle man sich auch finanziell beteiligen. Ziel sei es, sich dem Trend der abnehmenden Kompetenzen im MINT-Bereich entgegenzustellen. Abschließend dankte er allen, die berufspraktische, außerschulische Lernorte aufbauen und erhalten.

// Dr. Maria Hofmann



Foto: O. Killig



AKTUELLE DEBATTEN
ALS VIDEO

Ronny Kupke

Sozialstaat unter Druck

Abgeordnete diskutieren zu möglichen Kürzungen

Auf Antrag der BSW-Fraktion fand in der zweiten Aktuellen Debatte am 13. Mai 2026 eine Diskussion zum Thema »Raubbau am Sozialstaat – Sachsens Bürger und Kommunen vor Kahlschlag schützen!« statt. Dabei wurden die angespannte Finanzlage des Sozialstaats und die geplante Gesundheitsreform im Bund diskutiert.

Ronny Kupke (BSW) mahnte, dass die Politik sich von der Lebensrealität der Menschen entferne. Die Liste der Grausamkeiten zur Gesundheitsreform sei lang: Es gehe u. a. um Kürzungen beim Krankengeld, höhere Zuzahlungen bei Medikamenten und die Streichung der beitragsfreien Familienversicherung. Das sei eine Entkernung des Sozialstaatsprinzips, während die Regierung aber Geld für Aufrüstung ausbebe.

Tom Unger (CDU) verwies zunächst auf die Themenverschiebung. Der Debattentitel trage eine sozialstaats- und keine gesundheitspolitische Dimension. Er erzeuge Angst, ohne Probleme anzuerkennen und zu lösen. Mit seiner Partei werde es keinen Kahlschlag geben. Angesichts der aktuellen Herausforderungen müsse man aber den Sozialstaat reformieren, ihn zukunftsfest und finanziell ausgewogen aufstellen.

Die Politik habe die Prioritäten falsch gesetzt, so Peter Bachmann (AfD). Die

Kommunen stünden mit den Kosten der Migration allein da. Der finanzielle Spielraum für die eigentliche Daseinsvorsorge sei nicht mehr vorhanden. Seine Fraktion fordere eine Kehrtwende. Die Kosten der Migrationspolitik dürften die kommunalen Haushalte nicht länger belasten. Die medizinische Versorgung müsse gesichert werden.

Wirtschaft und Soziales zusammendenken

Jede Reformidee für den Sozialstaat müsse auch die Auswirkungen auf seine Menschen beachten, betonte Laura Stellbrink (SPD). Um in den nächsten Jahrzehnten noch handlungsfähig zu bleiben und Menschen Unterstützung geben zu können, brauche man eine Reform des Sozialstaats, keine Schwächung, weder Raubbau noch Kahlschlag. Wirtschaft und Soziales bedingten sich gegenseitig, erklärte die Abgeordnete.

Christin Melcher (BÜNDNISGRÜNE) hob hervor, dass die Notwendigkeit für Reformen nachvollziehbar sei. Aber es stelle sich die Frage nach dem Wie. Der letzte Haushaltsentwurf der Staatsregierung sei eine sozialpolitische Katastrophe gewesen. Wer bei der sozialen Infrastruktur spare, verschiebe die Kosten nur in die Zukunft.

Ein moderner Staat sei wichtig, aber man müsse bei den Verfahren sparen, nicht bei den Menschen.

Daseinsvorsorge vernachlässigt

Es sei immer dasselbe, sagte Susanne Schaper (Die Linke). Wenn das Geld fehle, sollten diejenigen zahlen, die ohnehin jeden Euro umdrehen müssten. Wenn Menschen in Armut gerieten, müssten die Kommunen die Kosten tragen. Diese Politik schütze den Reichtum und fahre die öffentliche Daseinsvorsorge auf Verschleiß. Der Sozialstaat sei kein bloßer Kostenfaktor in einer betriebswirtschaftlichen Kalkulation.

Sozialministerin Petra Köpping (SPD) reagierte auf die Redebeiträge, indem sie betonte, dass alles noch in Diskussion und nichts festgeschrieben sei. Der Freistaat müsse sich aber mit der demografischen Situation und der Überalterung auseinandersetzen. Außerdem seien bezüglich des bürokratischen Aufwands im Sozialstaat viele Dinge doppelt und dreifach veranlagt. Man brauche deshalb diese Reformen, um handlungsfähig zu bleiben.

// Dr. Maria Hofmann

WAS DARF DIE UNIVERSITÄT KOSTEN?

Studierende zahlen für ein Erststudium in Deutschland einen Semesterbeitrag. Studiengebühren fallen nicht an. Das gilt für deutsche und EU-Bürger. Bildung unabhängig vom Einkommen und der Herkunft zu ermöglichen, ist ein wichtiges Anliegen deutscher Hochschulen. Doch die Gebührenfreiheit ist nicht unumschritten. Der Ausschuss für Wissenschaft, Hochschule, Medien, Kultur und Tourismus hörte dazu verschiedene Positionen von Sachkundigen an.

Blick in einen Hörsaal der Medizinischen Fakultät der Universität Leipzig



Ausschuss für Wissenschaft, Hochschule, Medien, Kultur und Tourismus bei einer Sitzung im Jahr 2025

Foto: T. Schönke

Anreiz oder Abschreckung?

Ausschuss beschäftigt sich mit dem Thema Studiengebühren

Prof. Dr. Klaus-Dieter Barbknecht, ehemaliger Vorsitzender der Landesrektorenkonferenz (LRK) Sachsen, legte zu Beginn der Sitzung dar, dass Sachsen aufgrund seiner demografischen Entwicklung und des verbreiteten Fachkräftemangels dringend auf Zuwanderung aus Nicht-EU-Staaten angewiesen sei. Seit Jahren bemühe sich die LRK gemeinsam mit der Staatsregierung darum, gerade für MINT-Fächer internationale Studierende nach Sachsen zu locken. Die Einführung von Studiengebühren, so seine Befürchtung, werde solche Menschen abschrecken. Die sächsischen Hochschulen hätten kein Interesse an Studiengebühren, führte Prof. Dr. Niels Modler von der TU Dresden aus. Die bisherige Rechtslage, nach der die Entscheidung über die Erhebung von Gebühren bei den Hochschulen selbst liege, habe sich bewährt.

Debatte über wirtschaftlichen Nutzen

Die geforderten Studiengebühren seien gegenüber Indien und

In einer öffentlichen Anhörung beschäftigte sich der Ausschuss für Wissenschaft, Hochschule, Medien, Kultur und Tourismus am 27. April 2026 mit einem Gesetzentwurf der AfD-Fraktion. In der Drucksache 8/4703 »Gesetz zur Erhebung von Studiengebühren für internationale Studenten« fordert diese, dass Studierende aus Nicht-EU-Staaten pro Semester künftig 1.500 Euro für ein Studium in Sachsen entrichten müssen. In der Debatte warnte die Mehrheit der Sachkundigen vor den wirtschaftlichen und demografischen Folgen solcher Gebühren.

China, von wo die meisten internationalen Studierenden in Deutschland stammten, merkte Prof. Dr. Dirk Meyer von der Helmut-Schmidt-Universität in Hamburg an. Er sah im Gesetzentwurf eine Chance, die sächsische Wirtschaft zu stärken, indem der Anreiz erhöht würde, nach einem Universitätsabschluss in Sachsen zu bleiben. Dem widersprach Prof. Dr. Axel Plünnecke vom Institut der deutschen Wirtschaft. Das Beispiel Baden-Württemberg zeige, dass Studiengebühren zu Ausweichbewegungen in andere Bundesländer führten. Dadurch würde Innovationskraft verloren gehen, weil 14 Prozent der deutschen Start-Up-Gründer im Ausland geboren seien. Die Hälfte davon habe in Deutschland studiert. Es müsse gelingen,

durch bessere Unterstützungsangebote noch mehr Absolventen langfristig im Land zu halten. Prof. Dr. Ingo Bechmann, Dekan der Medizinischen Fakultät der Universität Leipzig, ergänzte, dass in der Humanmedizin weniger internationale Studierende vorhanden seien als gewünscht. Er befürchte, die Einführung von Studiengebühren würde diesen Zustand verstärken.

Studierendenvertreter gegen Studiengebühren

Die anwesenden Vertreter der Studierendenverbände wiesen auf mögliche soziale Folgen des Gesetzentwurfs hin. Richard zur Oven-Krockhaus, Referent der Konferenz Sächsischer Studierendenverbände, zeigte anhand einer repräsentativen Umfrage auf, dass eine absolute Mehrheit der internationalen Studierenden sich die Studiengebühren nicht leisten könnten. Jonathan Dreusch, politischer Geschäftsführer des freien Zusammenschlusses von student*innenschaften (fzs) ergänzte, dass internationale Studierende bereits ein Sperrkonto mit Einlagen in Höhe von 10.000 Euro nachweisen müssten, um in Sachsen studieren zu können.

Der Gesetzentwurf muss in einer künftigen Sitzung des Ausschusses abschließend behandelt werden, bevor sich das Plenum des Landtags damit befassen kann.

// Jonas Böhm

ZUM NACHLESEN



Protokoll



Video zur Anhörung

AKTUELLE GESETZGEBUNG

Stand: 14.05.2026

TITEL EINBRINGER AUSSCHUSS	ERLÄUTERUNG	STATUS
Sechzehntes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes 8/6222 CDU und SPD Ffd.: Ausschuss für Verfassung, Recht und Europa	Ziel des Gesetzesvorhabens war es, den verfassungsrechtlichen Anspruch auf eine angemessene, ihre Unabhängigkeit sichernde Abgeordnetenentschädigung zu gewährleisten. Hierfür sollte insbesondere die Grundentschädigung angepasst und weiterentwickelt werden.	
Gesetz zur Anpassung der Besoldung und der Versorgungsbezüge 2026/2027/2028 sowie zur Änderung weiterer besoldungsrechtlicher Vorschriften 8/6566 CDU und SPD Haushalts- und Finanzausschuss	Die Bezüge der Besoldungs- und Versorgungsempfänger sollen entsprechend der Tarifeinigung in den Tarifverhandlungen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder angepasst werden.	
Gesetz zum Zweiten Staatsvertrag zur Änderung des Glücksspielstaatsvertrags 2021 8/6759 Staatsregierung Ausschuss für Inneres, Kommunales und Sport	Zentrale Inhalte des Änderungsstaatsvertrages sind die Anpassung der Rechtsgrundlage für das Instrument der Netzsperrung (»IP-Blocking«) sowie die Erweiterung der Abfragekompetenzen der Erlaubnis- und der Glücksspielaufsichtsbehörden. Das Zustimmungsgesetz überführt den Staatsvertrag in Landesrecht.	
Gesetz zur Änderung polizeirechtlicher Vorschriften 8/6747 BÜNDNISGRÜNE Ffd.: Ausschuss für Inneres, Kommunales und Sport	Mit dem Gesetzentwurf sollen verfassungsgerichtliche Vorgaben an bestimmte Befugnisregelungen und an die Datenweiterverarbeitung umgesetzt werden. Zudem werden neue Befugnisse für die Drohnenabwehr und ein Maßnahmenpaket zur Bekämpfung häuslicher Gewalt geregelt.	
Achtes Gesetz zur Änderung des Sächsischen Privatrundfunkgesetzes 8/6891 AfD Ausschuss für Wissenschaft, Hochschule, Medien, Kultur und Tourismus	Mit dem Regelungsvorhaben soll der Tarifvertrag der Landesmedienanstalt an den Tarifvertrag der Länder rechtlich verankert werden.	

 neu im parlamentarischen Verfahren
  angenommen
  abgelehnt
  zurückgezogen
 // Rüdiger Soster



Nähere Informationen unter <https://edas.landtag.sachsen.de/redas/>



Ministerpräsident Michael Kretschmer



Bundespräsident a. D. Joachim Gauck



Landtagspräsident Alexander Dierks

Vergangenheit ist Gegenwart

Gedenkveranstaltungen in Sachsen zum Ende des Zweiten Weltkriegs

Der 8. Mai 1945 markiert das Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa. Seit vergangenem Jahr ist er auf Initiative der Linksfraktion offizieller Gedenktag im Freistaat Sachsen. Aus diesem Anlass hatten die Sächsische Staatskanzlei und der Sächsische Landtag Vertreter aus Politik und Gesellschaft sowie Schülerinnen und Schüler zum gemeinsamen Gedenken eingeladen.

In seiner Eröffnungsrede formulierte Ministerpräsident Michael Kretschmer den Wunsch, dass der 8. Mai ein Tag des Nachdenkens und der Erinnerung sein möge. Landtagspräsident Alexander Dierks fügte hinzu, dass wir aus der Geschichte für die Gegenwart lernen könnten und »den 8. Mai als Tag nehmen, an dem wir mit Rückgrat unsere Demokratie verteidigen«.

Dem Unrecht Grenzen setzen

Bundespräsident a. D. Joachim Gauck stellte in seiner eindringlichen Gedenkrede die Ambivalenzen des Kriegsendes für die Deutschen heraus. Der 8. Mai erinnere in erster Linie an die militärisch errungene Befreiung

Anlässlich des 81. Jahrestages der Befreiung des Kriegsgefangenenlagers Zeithain und des Kriegsendes in Deutschland und Europa fanden in der Gedenkstätte Zeithain am 27. April und in der Sächsischen Staatskanzlei in Dresden am 8. Mai 2026 Gedenkveranstaltungen statt. Dabei wurden die langen Nachwirkungen des Krieges bis in die Gegenwart verdeutlicht.

vom Nationalsozialismus. Mit Bezug auf die Gegenwart mahnte Gauck, dass die Waffen eines Aggressors nicht mit den Waffen der Verteidiger gleichzusetzen seien. Frieden erhalte sich nicht von selbst. Er dankte nicht nur den Armeen der Westalliierten, sondern auch den sowjetischen Soldaten, die einen »ungeheuren Blutzoll« dafür gezahlt hätten. Er fügte hinzu, dass in der Roten Armee mehr als sechs Millionen Menschen aus der Ukraine ge-

dient haben. Diese Menschen hätten die größte Last des Krieges getragen, so Gauck. Abschließend resümierte er, »dass die Zerstörung nicht das letzte Wort haben muss. Menschen können wieder aufbauen. Feindschaft muss nicht ewig dauern.«

Leerstellen füllen

Dem Gedenken zum Kriegsende war die Erinnerung an die Be-

freiung des Kriegsgefangenenlagers der Wehrmacht in Zeithain vorgelagert. Dort erinnert heute eine Gedenkstätte an die Opfer. Zwischen 25 000 und 30 000 Soldaten verstarben von 1941 bis 1945 an diesem Ort aufgrund von Unterernährung, Mangelversorgung und katastrophalen hygienischen Bedingungen.

Am 27. April 2026 sprach Landtagspräsident Alexander Dierks ein Grußwort auf der Gedenkveranstaltung. Dabei hob er hervor, dass der Krieg viel länger nachwirke, als er tatsächlich dauere. Deshalb besitze das Kurzfilmprojekt der Gedenkstätte »Vermisst in Zeithain« einen so großen Mehrwert. Es bereitet Interviews und Geschichten von Angehörigen auf, die vom Schicksal und der Suche nach Familienmitgliedern in Zeithain erzählen.

// Dr. Maria Hofmann

ZUM ANSCHAUEN



Video zum Projekt »Vermisst in Zeithain«



Landtagspräsident Alexander Dierks erinnert mit einem Kranz vor dem Obelisken an die Opfer.

GEDENKORTE ALS ANKER



Die Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur agiert an der Schnittstelle von historischer Aufarbeitung, individueller Beratung und politischer Bildung. Sie arbeitet mit Gedenkstätten, Opferverbänden sowie wissenschaftlichen Einrichtungen zusammen. Zugleich vertritt sie die Interessen der Betroffenen politischer Verfolgung und macht sich für den Erhalt authentischer Erinnerungsorte stark. Ein bundesweiter Kongress rückte die Gedenkstätten in den Fokus der Aufmerksamkeit.

Gedenkstätte Hoheneck

Orte bleiben

Rückblick auf den Bundeskongress Aufarbeitung

Angelika Cuno steht in einer Gemeinschaftszelle inmitten einer Gruppe von Menschen. Wo andere karge Mauern sehen, blickt sie unmittelbar in ihre eigene Vergangenheit. Mit ruhiger Stimme berichtet sie während einer Führung von der panischen Angst, die sie hatte, als sie Ende der 1970er-Jahre aus politischen Gründen in das berüchtigte Frauenzuchthaus Hoheneck verbracht wurde. Gespräche wie diese bildeten den Resonanzboden für den Bundeskongress. In ihrer Eröffnungsrede erläuterte die Sächsische Landesbeauftragte, Dr. Nancy Aris, dass Orte Erinnerungsspeicher seien, in denen sich Geschichte verdichte. Nicht immer aber könnten Menschen sich diese selbst aussuchen – schon gar nicht in einer Diktatur, was viele der Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Hinblick auf die Haftanstalten Hoheneck und Kaßberg selbst erleben mussten.

Vom 24. bis 26. April 2026 fand in Chemnitz der 29. Bundeskongress zur Aufarbeitung der SED-Diktatur statt. Zu der jährlichen Veranstaltung laden die Landesbeauftragten, die Bundesstiftung Aufarbeitung und die SED-Opferbeauftragte beim Deutschen Bundestag ein. Rund 150 Vertreterinnen und Vertreter aus Opferverbänden, Aufarbeitungsinitiativen und der Politik diskutierten unter dem Titel »Orte bleiben. Gedenkstätten und die Zukunft des Erinnerns« über die Rolle von Gedenkort für die Erinnerungskultur. Gastgeberin war dieses Jahr die Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Gedenkstätten als Räume des Übergangs

Die beiden Orte in den Mittelpunkt des Bundeskongresses zu stellen, folgte einer ganz bewussten Entscheidung, so Dr. Aris: Hoheneck als einstiges zentrales Frauengefängnis der DDR und der Kaßberg als Abwicklungsort des Häftlingsfreikaufs. Beides sind inzwischen moderne Gedenkstätten. Wie der Geschäftsführer der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, Dr. Markus Pieper, betonte, fügen sie sich in eine vitale Erinnerungslandschaft ein. Sie gelten als beispielhaft für die Weiterentwicklung der Gedenkstättenarbeit; Führungen

durch deren Räumlichkeiten bildeten zentrale Programmpunkte des Bundeskongresses. Doch was, wenn es den Ort des eigentlichen Erinnerns nicht mehr gibt oder dieser völlig überformt ist? Das beschäftigt auch jene, die in den Anfangsjahren der DDR zu Opfern von Zwangsausiedlungen an der innerdeutschen Grenze wurden, wie Marie-Luise Tröbs. Sie wurde als Zehnjährige mit ihrer Familie aus ihrem Heimatort vertrieben, die Eltern enteignet. Das Elternhaus steht zwar noch, wurde im Laufe der Jahre aber von den neuen Eigentümern mehrfach umgebaut. Wohin also mit sich und den eigenen Erinnerungen?

Gedenkort als Anker – Vermittlung als Brückenschlag

Marie-Luise Tröbs engagiert sich im Bund der in der DDR Zwangsausgesiedelten. Im Rahmen des Bundeskongresses gaben sie und weitere Vertreter bundesweit agierender Opferverbände und Aufarbeitungsinitiativen Einblick in ihre Tätigkeit. Darüber hinaus berichteten die Landesbeauftragten, die Bundesstiftung Aufarbeitung und die SED-Opferbeauftragte aus ihrer Arbeit. Dabei wurde deutlich, wie wichtig es ist, dass Betroffene über Erlebtes sprechen. Die SED-Opferbeauftragte, Evelyn Zupke,

Blick in die Ausstellung des Lern- und Gedenkortes Kaßberg-Gefängnis





Foto: BAB

hob hervor, dass die letzte Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze zwar vielen Opfern wichtige Verbesserungen gebracht habe, andere Gruppen aber nach wie vor wenig wahrgenommen würden. Dazu gehören Menschen, die als vermeintlich »Asoziale« diffamiert wurden. Auch sind an dieser Stelle Mädchen und junge Frauen zu nennen, die oftmals ohne medizinische Notwendigkeit in sogenannte Venerologische Stationen zwangseingewiesen wurden, die ursprünglich der Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten dienen. Alle diese Perspektiven sind wichtig. An authentischen Orten können sie Menschen in Austausch bringen und zum Nachdenken anregen. Landtagspräsident Alexander Dierks versteht Gedenkstätten daher als demokratische Ankerpunkte und »Bastionen gegen vermeintlich einfache Lösungen«. Dies bilde, so der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer, die Grundlage dafür, für sich die richtigen Schlüsse zu ziehen – und nicht wegzuschauen, was wiederum der Chemnitzer Oberbürgermeister Sven Schulze in seinem sehr persönlichen Grußwort unterstrich. Am Ende stehe immer die Frage, wie wir heute und zukünftig leben und was wir jungen Menschen dafür mit auf den Weg geben wollen.

Ein andächtiger Abschluss

Nach drei Tagen endete der Kongress mit einem Moment des Innehaltens. An der Stele »Den Opfern der Gewaltherrschaft 1945 – 1989« unweit des Lern- und Gedenkortes Kaßberg-Gefängnis fand ein gemeinsames Gedenken statt. Besonders bewegend wurde es, als drei Schüler des angrenzenden Karl-Schmidt-Rottluff-Gymnasiums die Schicksale von drei Inhaftierten vortrugen, die nach ihrer Verurteilung durch das Sowjetische Militärtribunal Nr. 48240, das einst auf dem Kaßberg saß, in Moskau hingerichtet wurden. Unter den Vorgesetzten war Ernst Bischoff: 1951 wegen angeblicher Spionage verhaftet, verurteilt und erschossen. Bischoffs Sohn Wolfgang richtete anschließend sehr persönliche Worte an die Teilnehmenden. Sie führten beispielhaft vor Augen, dass politische Verfolgung lange Zeit nachwirkt – nicht nur bei den Betroffenen, sondern auch bei deren Familien und Kindern. Der Bundeskongress setzte letztlich ein klares Signal: Die Auseinandersetzung mit dem SED-Unrecht bleibt eine zentrale gesellschaftliche Aufgabe, die Orte des Erinnerns und Stimmen, die erinnern, gleichermaßen braucht.

// Dr. Alexander Müller

Bundespräsident zu Gast in Torgau

Landtagspräsident Alexander Dierks begrüßte am 22. April 2026 den Bundespräsidenten Dr. Frank-Walter Steinmeier in Torgau. Gemeinsam besuchten sie die Gedenkstätte des Geschlossenen Jugendwerkhofs. Bei einem Rundgang besichtigten Steinmeier und Dierks die Räumlichkeiten der ehemaligen Einrichtung sowie eine Ausstellung, die sich mit der Geschichte der Anstalt auseinandersetzt. Zudem sprachen sie mit ehemaligen Insassen. Der Jugendwerkhof in Torgau war die einzige geschlossene Disziplinierungseinrichtung der DDR. Er glied einer Haftanstalt, in die zwischen 1964 und 1989 mehr als 4 000 Jugendliche eingewiesen wurden. Viele von ihnen leiden bis heute unter den körperlichen und seelischen Folgen ihres Aufenthalts.



Foto: Bundespresseamt Henning Schacht

Jugendpresstetag

Jedes Jahr organisieren die Jugendpresse Sachsen und die Landespressekonferenz Sachsen den Jugendpresstetag. So kamen auch in diesem Jahr am 20. April 2026 mehr als 30 Nachwuchsjournalisten von sieben Schulen aus ganz Sachsen in den Landtag. Auf dem Programm standen Workshops, eine Führung und ein Gespräch mit dem Landtagspräsidenten Alexander Dierks. Zum Abschluss konnten die Jugendlichen selbst in die Rolle von Landtagsjournalisten schlüpfen und den Abgeordneten Claudia Maicher und Iris Firmenich Fragen im Stil einer Pressekonferenz stellen.



Foto: O. Killig

Netzwerktreffen für Integration und Migration Sachsen (NIMS)



Foto: Landtag

Auf Einladung des Sächsischen Integrationsbeauftragten kamen am 19. Mai 2026 über 100 Teilnehmer aus dem Netzwerk NIMS im Sächsischen Landtag zusammen. Dort informierten Fachleute aus dem Bund und dem Sächsischen Innenministerium über die Umsetzung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS). Dieses wird am 12. Juni 2026 in nationales

Recht umgesetzt. Ziel des Integrationsbeauftragten Martin Modschiedler war es, dass die von der Reform betroffenen Akteure über die Änderungen ausreichend informiert sind, um sie ab Inkrafttreten entsprechend sicher umsetzen zu können.



Foto: Landtag

Die Delegation am Scheibe-See. Der ehemalige Tagebau wurde zum Naherholungsgebiet umgestaltet.



Partnerschaften pflegen

Besuch einer Parlamentsdelegation aus Bern

Am Montag, dem 4. Mai begrüßte Landtagspräsident Alexander Dierks die Delegation unter der Leitung ihrer Grossratspräsidentin Edith Siegenthaler im Sächsischen Landtag. Zunächst stand ein Austausch mit Mitgliedern des Präsidiums und der Fraktionen im Mittelpunkt. Die Abgeordneten schilderten ihre Erfahrungen mit einer Minderheitsregierung und dem Konsultationsmechanismus. Die Berner Gäste erläuterten ihr System, das ohne die Konstellation Regierung/Opposition auskommt. Für jede parlamentarische Initiative müssen die Urheber eine Mehrheit gewinnen, weshalb im Vordergrund stets die Suche nach der besten Lösung für den Kanton stehe.

Vom 4. bis zum 7. Mai 2026 besuchte eine Delegation des Grossen Rates des Kantons Bern den Sächsischen Landtag. Beide Parlamente pflegen seit mehr als 20 Jahren einen partnerschaftlichen Austausch mit regelmäßigen Besuchen.

Anschließend ging es für die Gäste nach Glashütte, bekannt als Zentrum der deutschen Uhrmacherkunst. Zurück in Dresden stand der Besuch der Semperoper auf der Agenda. Die Intendantin Nora Schmid hielt ihre Führung auf schweizerdeutsch ab, da sie selbst aus der Schweiz kommt.

Am 5. Mai besuchte die Delegation die Stadt Hoyerswerda, das »Tor zur Oberlausitz«. Die Gruppe informierte sich über die wechselvolle Geschichte – von der Planstadt über die Ein-

schnitte nach der Wiedervereinigung und dem Kohleausstieg bis hin zum heutigen Projekt Strukturwandel in der Lausitz. Hier spielte Hoyerswerda aus Sicht der kommunalen Verantwortlichen eine wichtige Rolle.

So soll beispielsweise in dem Projekt »Smart Mobility Lab« an den Mobilitätstechnologien der Zukunft geforscht werden. Die Delegation besichtigte die bereits errichtete Versuchshalle des neuen Forschungszentrums. Ein paar Kilometer weiter gestaltet die Stadt den Scheibe-See zu einem Touristenmagneten um. Auch die ebenfalls besichtigte Krabat-Mühle soll den Tourismus in der Region stärken.

Den letzten Tag ihres Besuchs verbrachten die Delegierten in Dresden. Hier erhielten sie eine Führung durch das Residenzschloss. Darauf folgte ein Besuch im Ständehaus an, wo sich Grossratspräsidentin Edith



Foto: S. Flüßel

Siegenthaler in das Gästebuch des Landtags eintrug. Bei der abschließenden Stadtführung wurde nochmals hervorgehoben: Sachsen und die Schweiz haben viele Gemeinsamkeiten und pflegen Partnerschaften in diversen Bereichen.

// Niklas Hellfritsch



Besuch der Krabat-Mühle

Foto: Landtag

ZUM NACHLESEN



Veranstaltungsrückblick

SÄCHSISCHE POLITIKER IN TALLINN

Das Forum Mitteleuropa des Sächsischen Landtags möchte durch seine Veranstaltungen die Idee eines wirtschaftlich verflochtenen, kulturell verbundenen, historisch gewachsenen Mitteleuropas in der Europäischen Union stärken. Durch den regelmäßigen Erfahrung- und Meinungsaustausch von Politikern, Wissenschaftlern und Vertretern der Bürgergesellschaft will das Forum mitteleuropäische Antworten auf gesamteuropäische Fragen finden.

Giebel des Parlamentsgebäudes der Republik Estland



Fotos: E. Peinar

Podiumsdiskussion während der Konferenz

Demokratie und Freiheit verteidigen

Konferenz des Forums Mitteleuropa in Tallinn

In Tallinn, der Hauptstadt von Estland, ist man sich der aktuellen Bedrohungen des freien Europas sehr bewusst. Insofern war es folgerichtig, die sicherheitspolitische Bestandsaufnahme der äußeren Bedrohung sowie die daraus abgeleitete resiliente Selbstbehauptung von Staat und Gesellschaft in den Mittelpunkt der dortigen Konferenz des Forums Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag zu

Am 16. April 2026 kamen im Parlament der Republik Estland (Riigikogu) Politiker, Diplomaten, Wissenschaftler sowie gesellschaftliche Vertreter aus Mitteleuropa und den baltischen Staaten zusammen. Sie tauschten sich über aktuelle sicherheitspolitische Entwicklungen in Europa und speziell im Baltikum aus. Die Konferenz stand unter dem Titel: »Europa und Mitteleuropa in der weltweiten Zeitenwende«.

stellen. Der Einladung in den Riigikogu waren gut 100 Konferenzgäste gefolgt; darunter viele Abgeordnete aus Estland und dem Freistaat Sachsen.

Europa – ganz, frei und in Frieden

Die Grundsätze, die seit Jahrzehnten die europäische Sicherheit bestimmten, seien existenziell herausgefordert, so der estnische Parlamentspräsident Lauri Hussar in seiner auf Deutsch gehaltenen Ansprache. Estland wisse aus seiner Geschichte nur zu gut, dass Freiheit, Demokratie und Souveränität geschützt, gestärkt und, wenn nötig, entschlossen verteidigt werden müssten. Da die Sicherheit Europas von entscheidender Bedeutung sei, benötige die Europäische Union (EU) die Fähigkeit, in kritischen Momenten entschlossen zu handeln. Parallel müssten ins-

besondere die mitteleuropäischen Länder das Sicherheitsgefühl in ihren Gesellschaften stärken.

Das Forum Mitteleuropa, so Landtagspräsident Alexander Dierks, sehe sich in der Tradition der mitteleuropäischen Freiheitsrevolutionen des Jahres 1989, was einen spezifischen Blick auf die Geschehnisse ermögliche und eine direkte Linie zu den Themen der Konferenz ziehe. Was damals gemeinsam errungen wurde, müsse heute gemeinsam verteidigt werden. Europa befinde sich nämlich erneut in einem Epochenbruch, diesmal leider zulasten der Demokratien. Die größte Bedrohung für das freie Europa gehe dabei aktuell von Russland aus. An die estnischen Gäste gewandt sagte Dierks, dass vor diesem Hintergrund die Sicherheit der baltischen Staaten auch die Sicherheit Deutschlands sei.

Mit einem Video-Impuls meldete sich alsdann der EU-



Kommissar für Verteidigung und Raumfahrt, Dr. Andrius Kubilius, zu Wort. Handlungsleitend sei für ihn die berühmte Friedensformel »Europa – ganz, frei und in Frieden«. Leider erlebe man Europa nach wie vor in zwei Teile gespalten: frei und unfrei. Der autoritäre Teil, insbesondere Russland, sei dabei der einzige Grund, warum auf dem europäischen Kontinent kein Frieden herrsche.

ehemalige Nationale Sicherheitsberater der tschechischen Regierung, Tomáš Pojar, sei gegenwärtig die größte Bedrohung für das Baltikum und ebenso für Europa. Jedoch herrsche eine unterschiedliche Wahrnehmung in den europäischen Ländern, je nachdem, über welche historischen Erfahrungen ein Land verfüge und ob es in geografischer Nähe zu Russland liege oder nicht.



Lauri Hussar



Alexander Dierks

Äußere Gefahren für Freiheit und Demokratie

Der erste Themenblock begann mit einem Vortrag von Marko Mihkelson, dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses im Riigikogu. Er verwies auf die historische Erfahrung Estlands, die nur eine klare außen- und sicherheitspolitische Linie zulasse: die eines wertebasierten Realismus. Nach der wiedererlangten Unabhängigkeit gehe es für Estland darum, nie wieder allein zu stehen. Aus diesem Grund sei Estland ein NATO-Verbündeter sowie ein Mitglied der EU und es investiere jährlich mehr als fünf Prozent seiner Wirtschaftskraft in die Verteidigung.

Die nachfolgende Podiumsdiskussion bot u. a. eine sicherheitspolitische Bestandsaufnahme. Der neue russische Imperialismus, so etwa der

Raimond Kaljulaid, Mitglied des estnischen Verteidigungsausschusses, zweifelte an, dass die westeuropäischen Staaten das Ausmaß der russischen Bedrohung für Europa erfasst hätten. Europa wolle nicht wahrhaben, dass der Ukraine-Krieg für den Kontinent ein existenzielles Problem sei. Jan Scheer, deutscher Botschafter in Tallinn, betonte ergänzend, wie wichtig diese Wahrnehmung der Esten sei, die seit Jahren (leider oft ungehört) vor der Gefahr warnen.

Selbstschutz der Demokratie

Daran anknüpfend stand am Nachmittag die notwendige innere Selbstbehauptung

angesichts der geschilderten Bedrohungslage im Fokus. Einleitend bemerkte Prof. Dr. Jiří Drahoš, Erster Vizepräsident des tschechischen Senats, dass die Selbstbehauptung einer demokratischen Gesellschaft u. a. starke und glaubwürdige Institutionen, eine konsequent und unparteiisch durchgesetzte Rechtsstaatlichkeit, engagierte Bürger sowie ein gemeinsames Gefühl der Zugehörigkeit erfordere.

Die Podiumsdiskussion konzentrierte sich erneut auf die baltischen Staaten, in denen sich, so die vorherrschende Meinung im Podium, die einstige sowjetische Besatzung derart tief ins kollektive

Gedächtnis eingebrannt habe, dass die Gesellschaften bis heute ein hohes Maß an Resilienz und Freiheitswillen entwickelt hätten.

// Dr. Thomas Schubert

ZUM NACHLESEN



Veranstaltungsrückblick

REPUBLIK ESTLAND



Hauptstadt: **Tallinn** (ca. 457 000 Einwohner)

Bevölkerung: **ca. 1,36 Millionen** (inkl. russische Minderheit von ca. 21 %)

Amtssprache: **Estnisch** | Fläche: **45 336 km²**

Die jüngere Geschichte Estlands ist geprägt von Phasen der Autonomie und der Unterwerfung. Das Land, von 1944 bis 1991 unter sowjetischer Herrschaft (Estnische Sozialistische Sowjetrepublik), erklärte 1991 seine erneute Unabhängigkeit. Heute ist Estland eine parlamentarische Republik und stabile Demokratie. Es ist seit 2004 EU- sowie NATO-Mitgliedsstaat und führte 2011 den Euro als Währung ein.

Blaulicht im Brennpunkt

Ein Tag mit Lars Kuppi, Vorsitzender des Ausschusses für Inneres, Kommunales und Sport

Seit 2019 sitzt Lars Kuppi für seine Heimat Döbeln als Direktkandidat im Parlament. In der aktuellen Wahlperiode steht der Polizist an der Spitze des Ausschusses für Inneres, Kommunales und Sport. Wir haben ihn zu einem Vor-Ort-Termin des Ausschusses in die Gohrischheide begleitet und den Abgeordneten in Döbeln besucht.



Fotos: T. Thiele

Knapp zwei Wochen lang brannte es 2025 in der Gohrischheide – mal wieder. Für die kleine Kommune Zeithain eine riesige Katastrophe. Und das nicht nur ob des Ausmaßes des Brandes, sondern auch mit Blick auf die Häufigkeit der Brände und die Munitionsbelastung des ehemaligen Truppenübungsplatzes. Auch die enormen Kosten der Löscheinsätze und die Hürden für deren Erstattung durch das Land stellen große Herausforderungen dar. Der Innenausschuss, u. a. zuständig für alle »Blaulichthemen«, reiste Ende März nach Zeithain, um sich selbst ein Bild vom Einsatzgebiet zu machen und mit Verantwortungsträgern wie der Freiwilligen Feuerwehr Zeithain, dem Sachsenforst und dem Bürgermeister zu sprechen.

Vor Ort folgen intensive Stunden, bei denen die Abgeordneten in erster Linie Zuhörer und Zuschauer sind und in denen ihnen die Zeithainer ihre Not veranschaulichen.

Der Spagat zwischen dem Schutz von Leib und Leben sowie der steten Ressourcenüberlastung werde mehr und mehr zur Zerreißprobe.

Gepanzerte Löschfahrzeuge gewünscht

Gepanzerte Löschfahrzeuge gewünscht

Einer von vielen Aspekten, über die an diesem Tag gesprochen wird, ist der Wunsch der Kommune nach gepanzerten Löschfahrzeugen. »Damit könnten die Einsatzkräfte näher an den Brandherd fahren und effektiver in munitionsbelastetem Gelände löschen«, erklärt Kuppi. Derartige Spezialfahrzeuge sind jedoch sehr teuer und die öffentlichen Kassen klamm.

Den Schlusspunkt in Zeithain setzt Ortswehrleiter Marco Bretschneider mit einer nüchternen, aber eindringlichen Feststellung: »Der nächste Brand wird kommen. Bislang hatte das Land sogar immer Glück im Unglück, denn es brannte nie gleichzeitig großflächig in Sachsen.« Kuppi dankt ihm sowie Bürgermeister Mirko Pollmer im Namen des Innenausschusses. Sie hätten

eindrucksvoll gezeigt, welche Bedeutung vor allem das Ehrenamt unter außergewöhnlichen und belastenden Bedingungen habe und welche Leistungen trotz widriger Umstände erbracht werden können.

Streifzug in Döbeln

Vier Wochen später treffen wir uns in Döbeln wieder. Hier ist Lars Kuppi aufgewachsen, hier hat er viele Jahre als Streifenpolizist gearbeitet und hier lebt er mit seiner Familie. Man kennt ihn. Darauf führt er auch einen Großteil seiner guten Wahlergebnisse zurück. »Die Direktstimmen waren jedes Mal höher als die Listenstimmen für meine Partei.« Seine Partei ist seit 2015 die AfD.

Engagiert war er auch schon zuvor in der Deutschen Polizeigewerkschaft, zuletzt als stellvertretender Landesvorsitzender in Sachsen. Der Beweggrund für den Eintritt in die AfD war ein einschneidendes persönliches Erlebnis. Auch über zehn Jahre später bittet er um Verständnis, dass er darüber nicht sprechen möchte. Neben





ZUM NACHLESEN



Bericht über den Besuch in der Gohrischheide

dem Mandat im Landtag ist er Vorsitzender des AfD-Kreisverbands Mittelsachsen. Beim regulären Ende der Wahlperiode 2029 wird Kuppi 58 Jahre alt sein. Er hofft auf den Wiedereinzug ins Parlament. Sollte es anders kommen, müsste Kuppi die ihm als Polizisten verbleibenden vier Jahre in den Polizeidienst zurückkehren.

In Döbeln ist er an diesem Tag mit einem Infostand auf dem Wochenmarkt. Es blitzt von den Fassaden und wuselt geschäftig in der Stadt. Auf dem Markt sind auch andere Parteien präsent. Ob dies allein an der damals kurz bevorstehenden Wahl des Stadtoberhauptes liegt oder daran, dass Infostände längst nicht mehr nur in Wahlkampfzeiten zum Marktreiben in Sachsen gehören, ist jetzt erst einmal egal. Die Gesellschaft ist hoch politisiert. Politische Debatten finden Woche für Woche zwischen Eierkauf, Schuhverkäufern und Obstständen statt.

Anhörung im Parlament

Einen Tag später im Landtag. Der Innenausschuss hört öffentlich Sachkundige zu einem Antrag der AfD-Fraktion an. Damit soll die Staatsregierung u. a. aufgefordert werden, zwei

»sondergeschützte Großtanklöschfahrzeuge« zu beschaffen. Hier treffen wir auch Marco Bretschneider wieder, den Ortswehrleiter der Freiwilligen Feuerwehr Zeithain. Er schildert im Sächsischen Landtag noch einmal die Lage vor Ort. Der Ausschuss selbst wird den An-

trag in einer seiner nächsten Sitzungen abstimmen und danach die Beschlussempfehlung dem Plenum übermitteln. Im Plenarsaal stimmen dann schlussendlich alle Abgeordneten über den Antrag ab.

// Katja Ciesluk, Niklas Hellfritsch

Termine 2026

MONTAG

30. März:
10:00 Uhr -
Zeithain,
Gohrischheide

DIENSTAG

MITTWOCH

29. April:
11:30 Uhr - Döbeln, Marktplatz
12.30 Uhr - Döbeln, Wahlkreisbüro
MdL Kuppi

DONNERSTAG

30. April:
10:00 Uhr - Dresden,
Sächsischer Landtag



Im Gespräch mit Lars Kuppi



Der Innenausschuss in der öffentlichen Anhörung vom 30. April 2026

Plenarsitzungen

24.06. – 25.06.2026
26.08.2026
16.09. – 17.09.2026
04.11. – 05.11.2026
17.12. – 22.12.2026

Der Sächsische Landtag überträgt die Plenarsitzungen live als Videostream mit Untertitelung auf www.landtag.sachsen.de.

Auch Tagesordnungen, Wortprotokolle und Videoaufzeichnungen finden Sie in unserem Internetauftritt.

Weitere Informationen

Fraktionen der 8. Wahlperiode

CDU, Tel. 0351 493-5501
AfD, Tel. 0351 493-4201
BSW, Tel. 0351 493-4400
SPD, Tel. 0351 493-5700
BÜNDNISGRÜNE, Tel. 0351 493-4800
Die Linke, Tel. 0351 493-5800

Besucherdienst

Anmeldungen für Führungen unter besucherdienst@slt.sachsen.de

Offene Führungen ohne Anmeldungen finden an jedem zweiten und vierten Freitag im Monat ab 17 Uhr statt. Der Treffpunkt befindet sich im Bürgerfoyer im Neubau am Elbufer.

Öffentliche Ausstellung im Bürgerfoyer

»DAS PARLAMENT DER SACHSEN«
Aufgrund von Baumaßnahmen kann es im Sommer zu Abweichungen in den Öffnungszeiten kommen. Aktuelle Zeiten und Informationen finden sie unter: www.landtag.sachsen.de/umbau

Publikationsbestellung und Leserbriefe

SÄCHSISCHER LANDTAG
Stabsstelle Presse und Öffentlichkeitsarbeit, Protokoll, Besucherdienst
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1,
01067 Dresden
publikation@slt.sachsen.de
www.landtag.sachsen.de



www.landtag.sachsen.de/publikationen



www.landtag.sachsen.de/veranstaltungen



Der Sächsische Landtag auf X: x.com/sax_lt
auf Instagram: instagram.com/sachsen_landtag und auf
YouTube: youtube.com/@SaechsischerLandtag



Sächsischer Landtag

»Politik direkt«

Besuchen Sie die Social-Media-Kanäle des Sächsischen Landtags.

Wir informieren über Interessantes rund ums Parlament und begleiten den Landtagspräsidenten durch den Freistaat.



www.landtag.sachsen.de